

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bonn

15. MAI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIV/108 - 15. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1 - 2	Das westliche "Paket" Nun beginnt die eigentliche Diskussion - Bericht aus Genf	106
3 - 4	Polen diskutiert Von Herta Gotthelf	70
5	<u>Das Minuten-Interview:</u> M&B Helmut Schmidt: Verkehrskatastrophe ärgert Wechsel im Bundesverkehrsministerium tut not	28
6	Sorge der westlichen Fluggesellschaften Sowjetrussische Konkurrenz wird stärker	57
7	Werten für Franco War Franco ein Hitler-Gegner ?	28

* * * * *
* * * * *

Das westliche "Paket"

G.M., Genf

Den Höhepunkt dieser ersten Woche der Genfer Außenminister-Konferenz bildete ohne Zweifel der am Donnerstagnachmittag vorgelegte "Friedensplan des Westens", durch den nach Auffassung von Washington, London, Paris und Bonn das Deutschland-Problem und die Frage der europäischen Sicherheit gelöst werden sollen. Dieser Plan ist das lange wie ein Geheimnis gekütete und doch vorher bekanntgewordene "Paket" des Westens, mit dem er dem russischen Berlin-Vorstoß und dem Vorschlag zum Abschluß eines Friedensvertrages begeben will.

Die Russen haben zunächst erklärt, daß sie in dem westlichen Plan ein bedeutsames Dokument erblicken, das sie genau studieren wollten, ehe sie dazu Stellung nehmen. Bemerkenswert dürfte jedoch sein - ganz gleich, wie die Stellungnahme ausfallen wird -, daß nicht sofort nach der Vorlage des westlichen Planes das allgemein erwartete "Paket" ertönte. Inzwischen hat "TASS" den Plan als unrealistisch bezeichnet.

Man hat hier in Genf das große Rätselraten darüber begonnen, wie die Russen endgültig reagieren werden; den Spekulationen sind keine Grenzen gesetzt.

Als sicher gilt, daß Gromyko zunächst versuchen wird, das westliche "Paket" in seine Bestandteile auseinander zu nehmen. Hierbei dürfte es ihm weniger auf die Ablehnung oder Zustimmung dieses oder jenes Punktes ankommen, als vielmehr auf die Analyse der praktischen politischen Bedeutung der einzelnen westlichen Forderungen. Es ist bemerkenswert, daß schon bei den Grundsatzserklärungen der westlichen Außenminister am Mittwochnachmittag Englands Vertreter, Selwyn Lloyd, erklärt hatte, die zu erwartenden westlichen Vorschläge könnten auch etappenweise diskutiert werden. Wie zu erfahren war, wollen die Russen von dieser indirekten Aufforderung Gebrauch machen.

In dem westlichen "Friedensplan" gibt es jedoch einige Punkte, von denen jetzt schon mit Sicherheit gesagt werden kann, daß Moskau sie ablehnen wird. Da ist z.B. die Entscheidungsfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands in Fragen der Zugehörigkeit zu einer der jetzt bestehenden militärischen Allianzen, NATO oder Warschauer Pakt. Man wird sich daran erinnern müssen, daß gerade dieser Punkt bei früheren Verhandlungen über die Lösung des Deutschland-Problems - die von Ost und West im Einvernehmen mit den Deutschen festgelegte Bestimmung des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands - genau der Punkt war, an dem bisher alle Diskussionen gescheitert sind.

Die Wiederaufnahme dieses Punktes in dem jetzt vorgelegten "Friedensplan des Westens" könnte unter Umständen die sofortige Blockierung weiterer Verhandlungen bedeuten und die Gefahr heraufbeschwören, daß der Gedanke der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Europa (Spaltung Deutschlands) immer stärker in Erscheinung tritt.

Aus diesem Grunde hat hier in Genf die Erklärung des amerikanischen demokratischen Politikers Adlai Stevenson starke Beachtung gefunden, der dieser Tage in Chicago feststellte, die Gewährung des Rechtes, die künftigen militärischen Bindungen Deutschlands selbst zu bestimmen, möge zwar demokratischer Theorie entsprechen, sie entspreche aber nicht den bitteren Erfahrungen, die die Sowjetunion und Osteuropa in zwei schrecklichen Invasionen gemacht haben. Stevenson fügte hinzu, ein begrenztes Disengagement der Streitkräfte würde eher das Risiko eines allgemeinen Krieges verhindern und die Unabhängigkeit gewisser Ostblockstaaten fördern.

Bei der weiteren Erörterung des westlichen Planes in der Genfer Außenminister-Konferenz wird es aber wohl im wesentlichen darauf ankommen, diejenigen Punkte herauszuschälen, an denen es gewisse Überschneidungen mit sowjetischen Vorstellungen geben könnte. Da auch in den westlichen Vorstellungen die Idee enthalten ist, daß "stufenweise" Annäherungen von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR möglich sein sollen, könnte sich hier zwischen Ost und West eine Diskussion entwickeln, die von der beiderseitigen prinzipiellen Zustimmung ausgeht, vom Osten her jedoch den westlichen Vorschlag der Zusammensetzung der Gremien entsprechend der Bevölkerungszahl der beiden Teile Deutschlands (25 zu 10) in Frage stellt.

Von dem westlichen Vorschlag, aus ganz Berlin eine "Freie Stadt" zu machen, scheinen die Russen wirklich überrascht zu sein. Man konnte über ihre Reaktion sehr unterschiedliche Auffassungen hören, zumal bei Realisierung der westlichen Vorstellungen die Sowjetunion auch gewisse Kontrollrechte über West-Berlin erhalten soll.

Aber alle diese Einzelheiten könnten nur eine Rolle spielen, wenn sich die Sowjets dazu bereit erklären sollten, die von ihnen seit langem vertretene These aufzugeben, daß die Wiedervereinigung Deutschlands Angelegenheit der Deutschen selbst sei und daß hier niemand hineinzureden habe. Es ist schwerlich zu erwarten, daß die Russen zu dieser Konzession bereit sind, denn dann müßten sie logischerweise die bereits am ersten Konferenztag bei der Diskussion über die Zulassung der "beiden deutschen Staaten" zur Konferenz gezeigte Hartnäckigkeit selbst desavouieren. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß mit der Vorlage des "westlichen Friedensplanes" gewisse Kräfte darauf hingearbeitet haben, den Status quo in Europa zu erhalten.

Schon gibt es eine Stellungnahme aus Paris - von der schweizer Presse als "erste Reaktion" bezeichnet -, in der es heißt: "Wenn der endgültige Plan sich als nicht praktikabel erweist, so wird er wenigstens als ausgezeichnete Propagandatrompf in den Händen der Westmächte bleiben". Das ist eine sehr unkluge Äußerung, die - von außen her auf den Genfer Konferenztisch gebracht - den Russen nicht gerade den Weg zu einer sachlichen Diskussion ebnet.

Gewisse Reaktionen auch im westdeutschen Lager lassen darauf schließen, daß man den westlichen Plan mehr oder weniger als ein Instrument der Propaganda betrachtet, während man bei den Amerikanern und Engländern sehr zurückhaltend ist.

Daß Botschafter Grew bei seiner ersten Ansprache im Konferenzsaal den westlichen Plan ohne Vorbehalt unterstützte, war zu erwarten. Der Sprecher der DDR, Außenminister Bolz, begnügte sich dagegen mit einer Grundsatzklärung, in der auf den westlichen Plan nicht Bezug genommen wurde. Bolz lehnte sich damit an Gromyko an, der nach Vorlage des Planes durch US-Außenminister Herbert ausdrücklich darauf verzichtet hatte, sofort seine Meinung zu den westlichen Vorschlägen zu äußern.

Die erste Konferenzwoche schließt also mit einem großen Fragezeichen ab. Während Montag und Dienstag die Sowjets hart für die Zulassung der Vertreter beider deutscher Staaten eintraten und danach sofort die Forderung aufgestellt hatten, auch Polen und die Tschechoslowakei hinzuzuziehen - zwei Forderungen, die im Prinzip von Westen gebilligt wurden -, beginnt jetzt erst die eigentliche Diskussion über das Deutschland-Problem mit der Berlin-Frage und über das Problem der europäischen Sicherheit.

Polen diskutiert

Von Herta Gotthelf

In Polen beginnt heute die Zeitrechnung mit 1956. Fast in jedem Gespräch, das man als Westeuropäer in Warschau oder Krakau oder sonst irgendwo in Polen hat, heißt es wieder und wieder "seit Gomulka kam" oder "seit dem achten Plenum" oder "seit Posen". Die Freiheit, mit der heute in Polen gesprochen, kritisiert und diskutiert wird, ist für den Besucher aus dem Westen erstaunlich. Dabei sind die Offenheit und Aufgeschlossenheit bei Kommunisten und Nichtkommunisten gleich groß.

Man gibt offen zu, was vor 1956 falsch gemacht worden ist, aber auch daß in dem Eifer, mit dem nun auf einmal alles völlig anders gemacht werden sollte, manchmal auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Man sagt voller Stolz, daß man sich heute in Polen nicht mehr fürchten muß. Allerdings wird einem aber auch gerade von denen, die mit der größten Offenheit sprechen, gesagt: "Daß wir heute armen können, verdanken wir Chruschtschow", und "merkt denn der Westen nicht, daß er mit seiner dauernden Kritik an Chruschtschow nur den Stalinisten hilft?"

Die Diskussionsfreiheit erstreckt sich vorläufig freilich nur begrenzt auf das geschriebene Wort. Wlodek Hlaskos Film "Der achte Wochentag" ist immer noch verboten -, aber über das Verbot wird offen gesprochen. Dabei ist man allerdings der Meinung, daß Polen bessere Schriftsteller hat, die es wert wären, in Deutschland bekannt zu sein, wie z.B. die katholische Schriftstellerin Maria Dombrowska oder der Schriftsteller Adolf Rudnicki.

Die moderne amerikanische, englische, französische und deutsche Literatur ist bekannt. Übersetzungen der Werke der Weltliteratur kann man in allen Buchauslagen sehen. Über Pasternak wird mit Begeisterung gesprochen. In einer katholischen Zeitschrift sah ich Übersetzungen von Werken von Heinrich Böll, Elisabeth Langgässer, Albrecht Goes, Dieter Reichner, Alfred Döblin und Ernst Wiecherts "Missa sine nomine" angekündigt.

Man diskutiert offen über die Propaganda und Schlagworte-Müdigkeit der Menschen, und selbst am ersten Mai sah man verhältnismäßig

wenig Transparente an den Häuserwänden. Man ist interessiert an der modernen Zeitungstechnik kapitalistischer Länder, und man erzählt hübsche und witzige Geschichten über die Kinder, die sich auf ihre Art gegen politisierende Märchen- und Kinderbücher zur Wehr setzen, wie z.B. die von dem kleinen sechsjährigen Mädchen, das von der Mutti ein Märchen vorgelesen haben möchte, "aber bitte nichts mit Kapitalismus und Marxismus".

Daß die Offenheit in der Kritik ganz allgemein ist, konnte ich unter anderem in Krakau feststellen bei dem jungen, intelligenten Taxichauffeur, der uns in den völlig neu aufgebauten Arbeitervorort Kowa Hutu - mit einem der größten Hüttenwerke Polens - fuhr. Meilenweit erstreckten sich die Neubauwohnblocks, die älteren im reinsten Stalin-Monumentalstil, die neuen schön klarlinig, mit geschmackvoller Ausnutzung von verschiedenfarbigen Türen, Balkons usw. Voller Verachtung machte sich der junge Mann über diese alten Beispiele des "sozialistischen Realismus" lustig und war ganz stolz darauf, daß man jetzt in Polen anders und modern baut. Er fuhr in Krakau voller Absicht durch zerbombte, ärmliche Hinterstraßen, denn ich sollte alles sehen, auch das, was noch nicht gut ist! Auch sonst machte er aus seinem Herzen ganz und gar keine Mördergrube.-

Die geistige Elite Polens ist sehr interessiert an Kontakten mit dem Westen, vor allem auch mit der Bundesrepublik. Sie bedauert es, daß sich für sie das Bild Deutschlands nur aus der Sicht der DDR darstellt. Sie ist interessiert an einem Austausch von Zeitungen und Zeitschriften, und sie würde genau so gern Aufführungen namhafter westdeutscher Bühnen sehen, wie z.B. die Aufführungen des Dresdner Staatstheaters, das während meines Aufenthaltes gerade mit Ernst Tollers "Feuer aus den Kesseln" gastierte. Auch an einem Filmaustausch wäre sie interessiert.

In Warschau gibt es verschiedene große, allen zugängliche Cafés und Clubs, in denen man nicht nur alle namhaften Zeitungen und Zeitschriften der Ostblockländer, sondern auch Europas und Amerikas kaufen und lesen kann. Auch in den großen Hotels liegen westliche Zeitungen und Zeitschriften aus.

Diese für einen Ostblockstaat große geistige Freiheit und Aufgeschlossenheit bedeutet freilich nicht, daß die Polen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen von vor 1939 zurückkehren möchten.

Das Minuter-Interview:

MdB Helmut Schmidt: Verkehrskatastrophe ärgert

SPD-Pressedienst: In Zusammenhang mit der Kabinettsumbildung nach der Wahl des neuen Bundeskanzlers wird heute auch von einem möglichen Wechsel im Amt des Bundesverkehrsministers gesprochen. Würden Sie, Herr Abgeordneter Schmidt, einen solchen Wechsel begrüßen, nachdem Sie mehrfach den amtierenden Verkehrsminister scharf kritisiert haben?

MdB Helmut Schmidt: Das Verkehrswesen insgesamt, vor allem aber die Leistungsfähigkeit unserer Strassennetze in Bund, Ländern und Gemeinden ist hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung weit zurückgeblieben. Im Strassenverkehr gehen wir in den sechziger Jahren einer allgemeinen Katastrophe entgegen, wenn in der Finanzierungsfrage nicht endlich von Bundes wegen eine neue Lösung gefunden wird.

Dr. Seeborn trägt seit zehn Jahren die Verantwortung für diese Fehlentwicklung. Zum Teil hat es ihm an rechtzeitiger Klarsicht gemangelt. Vor allem aber hat er sich in der Bundesregierung nicht einmal mit seinen unzureichenden Forderungen wirklich durchsetzen können. Die Gründe für seine Isolierung im Kabinett sind vielfältig - er trägt im wesentlichen selbst die Schuld dafür.

Da die Misere des Strassenverkehrs in den nächsten Jahren sich zu einem innenpolitischen Problem ersten Ranges auswerten wird, so käme es bei der Auswahl eines neuen Ministers weniger auf dessen Vorkenntnisse als Ingenieur, Speditour oder Eisenbahner an, als vielmehr auf seinen gesunden Menschenverstand und vor allem auf die Fähigkeit, mit Energie aber auch mit Verhandlungsgeschick die für notwendig erkannten Entschlüsse durchzusetzen. Es wäre gut, wenn die CDU/CSU selbst die unmittelbare Verantwortung für das sträflich vernachlässigte Verkehrsressort übernahmen würde. Schon allzu lange war Dr. Seeborn ein ohnmächtiger Prügelknabe einer mit Recht erzürnten öffentlichen Meinung.

Sorge der westlichen Fluggesellschaften

mu. - Die Sorgen der großen Fluggesellschaften der westlichen Welt sind bekannt: Der Konkurrenzkampf tobt heftiger denn je; die Umstellung auf Düsenmaschinen erfordert gewaltiges Kapital; die weniger voll besetzten Maschinen haben einige Gesellschaften in die Verlustzone abgedrängt.

Jetzt kommt eine neue große Sorge hinzu. Das ist eine Erklärung der russischen Luftverkehrsgesellschaft Aeroflot. Bis 1965 will diese Gesellschaft, die bereits heute über das größte Luftnetz der Welt verfügt, ihre Leistungen im Personenverkehr um das Achtfache und in Güter- und Postverkehr um das Sechsfache steigern.

Als besondere Kampfansage kann aber die Erklärung der Aeroflot angesehen werden, das internationale Flugnetz erheblich auszubauen. Dabei werden sich die westlichen Fluggesellschaften dem Begehren nach Gegenseitigkeitsverträgen kaum entziehen können, wenn sie nicht ihrerseits die damit wachsenden Chancen, in den Ostblock und Sowjetrußland verstärkt einfliegen zu können, verlustig gehen wollen.

Auf den großen Flughäfen Westeuropas kennt man bereits die ausgezeichneten Düsenflugzeuge, welche die Sowjets nunmehr verstärkt in alle Welt schicken wollen. Es handelt sich um die Grundtypen "TU 104", "TU 110" und "TU 114". Dabei ist die "TU 114" mit ihrem Turbopropantrieb das bisher größte Passagierflugzeug in der Welt. Diese Maschine kann 220 Fahrgäste transportieren und damit höchst rentabel fliegen.

Sowjetrußland gehört der "International Air-Transport-Association", der IATA, nicht an. Sie ist damit den Empfehlungen und Absprachen dieses internationalen Dachverbandes der großen Luftverkehrsgesellschaften nicht unterworfen. Die Aeroflot schließt aber laufend neue Gegenseitigkeitsabkommen über das ergänzende Befliegen von Flugrouten ab.

Die sowjetrussischen Düsenflugzeuge laufen heute regelmäßig die gesamten Hauptstädte des Ostblocks an. Ferner hat die Aeroflot Verträge abgeschlossen, die es ihr ermöglichen, die skandinavischen Metropolen Helsinki, Stockholm und Kopenhagen, aber auch Paris, Brüssel, Wien, Kairo, Delhi und Kabul anzufliegen. Die Bundesrepublik wird jedoch nicht überflogen. Hier endet die Linie in Ostberlin. Die Verbindung nach Paris und dem Westen läuft über Kopenhagen oder über Prag/Wien.

Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der britischen Regierung. Die Russen möchten auch London anfliegen, was auf eine Vereinbarung mit den halbstaatlichen britischen Fluggesellschaften BEA und BOA hinausläuft. Eine Verlängerung der Route über die Vereinigten Staaten hinweg und den russischen Fernen Osten nach Moskau zurück steht auf dem Programm der Aeroflot bis 1965. Die vorführenden diplomatischen Gespräche haben bereits stattgefunden.

Das Hauptgewicht der Aeroflot mit ihrem Streckennetz von 400 000 Kilometern liegt zur Zeit noch im russischen Staatsgebiet, das bereits heute mit einer Engmaschigkeit angefliegen wird, die sich nur mit dem Nordamerikanischen Streckennetz vergleichen lässt. Dabei ist in den letzten Jahren besonders die Route am Rande des nördlichen Polarmeeres und das Netz im Fernen Osten ausgebaut worden.

Im Ganzen verfügen die Russen für ihre Aeroflot zur Zeit über rund 100 Flugzeuge. Da es in vielen innerrussischen Städten noch keine Betonrollbahnen für Düsenmaschinen gibt, werden hier oft noch kolbengetriebene Maschinen älterer Bauart verwendet. An kolbengetriebenen Maschinen verfügen die Russen über die Typen: Iljuschin 12, 14, Li - 2 und den Typ Antonow 2. Auch diese Beschränkung auf wenige Typen zeigt, daß die Russen bestrebt sind, mit ihrer Aeroflot höchst rational zu wirtschaften.

Werben für Franco

ler - Das amerikanische Außenministerium hat eine Dokumentensammlung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß Franco, der Diktator Spaniens, 1941 einem "schrecklichen Druck" Deutschlands und Italiens widerstanden habe, die ihn zum Kriegseintritt bewegen wollten. Welch ein Held! Die Veröffentlichung dieser Dokumente fällt mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten zusammen, die Aufnahme Spaniens in die NATO schmackhaft zu machen. Franco, der durch den blutigsten Bürgerkrieg der spanischen Geschichte zur Macht kam - jeder zehnte Spanier verlor sein Leben - wird nun einer staunenden Weltöffentlichkeit als Gegner Hitlers präsentiert. Daß Franco die spanische Republik und die spanische Demokratie zerschlagen konnte, weil ihn Hitler und Mussolini dazu erst in die Lage versetzten, wird verschwiegen. Das Blut, das an den Händen des spanischen Diktators klebt, stempelt ihn nicht zu einem Demokraten. Und die in den letzten Monaten erfolgten Verurteilungen von Sozialisten und Gewerkschaftlern sind nicht gerade ein Beweis dafür, daß sich Franco in den 20 Jahren seiner Herrschaft wesentlich geändert hätte.

Gewisse Kreise in Amerika, ein de Gaulle in Paris und ein Adenauer in Bonn mögen Franco als würdigen Mitstreiter im Verband der NATO-Staaten betrachten, die sich vor 10 Jahren zusammengen hatten, um angeblich die Werte der Demokratie und der Freiheit zu verteidigen. Eine Zulassung Francos zur NATO kann diese moralisch und politisch nur in Kifkredit bringen. Wer die Demokratie und Freiheit im Innern bekämpft und Menschenrechte mit Füßen tritt, ist wohl kaum dazu berufen, europäische Demokratie nach außen zu verteidigen. Diese Sorte von Verteidigern unterscheiden sich in Geisteshaltung und Methoden kaum von denen, vor denen sie sich schützen wollen.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler